

Einführung

Begriff und Bedeutung der Parteien

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Parteien eine zentrale Stellung als Mittler zwischen Gesellschaft und Staat ein. Die Parteien sind, rechtlich gesehen, Vereine, die nach Art. 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken; als Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt das Parteiengesetz vom 24.7.1967, daß die Gründung von Parteien frei ist, daß ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen muß und daß sie ihre Finanzierung offenlegen müssen; ein Parteienverbot kann nur durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. In soziologischer Sicht unterscheiden sich Parteien von sozialen Bewegungen durch dauerhafte Organisation, durch das Streben nach Durchsetzung politischer Ziele, die den Gesamtstaat betreffen, aber nicht notwendig von der Gesamtbevölkerung getragen werden müssen, ferner, im Unterschied zu Interessenverbänden, durch den Willen zur Übernahme oder Behauptung von Führungsfunktionen in Staat und Gesellschaft.¹

Darüber hinaus wird die Rolle von Parteien in Staat und Gesellschaft in hohem Maße durch Verfassungsgrundsätze bestimmt. Zu diesen gehört insbesondere die Art der Mehrheitsbildung und der politischen Repräsentation.² Das politische System der Bundesrepublik Deutschland wird weit stärker als dasjenige Frankreichs oder der USA von Parteien geprägt und mithin durch parteiengeschichtliche Entwicklungen bestimmt. Deshalb nehmen Parteien in der Bundesrepublik als Mittler von sozialen Interessen und politischen Vorstellungen über die Gestaltung der bürgerlichen Gesellschaft eine zentrale Rolle wahr. Die besondere Bedeutung ist leicht an dem Umstand zu erkennen, daß in der Bundesrepublik politische Führungämter nahezu ausschließlich durch Parteien besetzt und infolgedessen durch parteiorganisierte Prozesse der politischen Elitenbildung geprägt werden.³

¹ Die umfangreiche Literatur zur Rolle der Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland sowie überhaupt zum Parteienbegriff kann hier nur auszugsweise herangezogen werden; siehe hierzu die Anmerkungen in den einzelnen Beiträgen. Als Sammlung klassischer Texte zur Parteiengeschichte nach wie vor: Kurt Lenk/Franz Neumann (Hg.), *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, 2 Bde., Darmstadt/Neuwied 21974.

² Vgl. den »Klassiker« Maurice Duverger, *Die politischen Parteien*, hg. v. Siegfried Landshut, Tübingen 1959, S. 221 ff. über Zwei- und Vielparteisysteme; ferner etwa verschiedene Beiträge in Joseph LaPalombara/Myron Weiner (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton UP 1966.

³ Es kann hier unberücksichtigt bleiben, daß diese hervorgehobene Rolle der politischen Parteien in der deutschen Verfassungsgeschichte durchaus ein Novum darstellt. Auch eine Vertiefung dieser Hinweise durch eine stärker systematisierende Skizze des Parteinflusses in Staat und Gesellschaft erscheint entbehrlich, zumal die politikwissenschaftliche Parteienforschung hierzu reichlich Information bereithält, vgl. insbesondere Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993; ferner: Jens Joachim Hesse/Thomas Ellwein, *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Text, Opladen 1992, S. 161–201; Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 21992, bes. S. 15 ff.; Alf Mintzel, *Die Volkspartei – Typus und Wirklichkeit*. Ein Lehrbuch, Opladen 1984; Elmar Wiesendahl, *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen 1980, S. 163–184. Als

Neben der politikwissenschaftlichen ist die Parteienliteratur stark durch juristische und zeitgeschichtliche, zum Teil auch durch soziologische Forschung bestimmt.⁴ Dabei hat sich die Zeitgeschichtsschreibung vor allem der Phase der Wiederbegründung der Parteien nach 1945 und der Frühzeit der Bundesrepublik angenommen. Forschungsschwerpunkte liegen bisher auf der Organisationsgeschichte und -soziologie, der Entwicklung der Parteiprogramme, den Funktionen der Parteien im politischen System, der Typenbildung und den Wahlanalysen. Gering und – vor allem – sporadisch ist bisher die Kenntnis über die allgemeine Mitgliedschaftsentwicklung und über die Sozialstruktur der Parteien. So werden beispielsweise Fragen nach der Bindung von Parteien an sozialstrukturell segmentierbare Bevölkerungsgruppen, etwa an katholische Arbeiter oder den neuen Mittelstand, heute primär über die Wahlanalysen beantwortet, weil über Wahlen detailliertes und veröffentlichtes Datenmaterial zur Verfügung steht.⁵

Informationen über die differenzierte Mitgliederentwicklung und über die personellen Binnenstrukturen der Parteien liegen bisher nur in Ausschnitten, zudem in oftmals fragwürdiger Qualität vor. Vermutlich auch deshalb mangelt es an sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen über die gesellschaftliche Verankerung der Parteien. Die außerordentlich wichtige Bindung zwischen der im stetigen Wandel begriffenen allgemeinen Sozialstruktur, in deren Rahmen Parteien konstituiert sind und auf die sie rückwirkend reagieren, und dem Handeln von Parteien auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems ist bisher völlig unzureichend dokumentiert. Es fehlt an fundamentalen Voraussetzungen für die Beantwortung einer hochkomplexen Kernfrage der Parteienforschung, nämlich der Frage nach dem Reflex sozialen Wandels im politischen System und nach der sozialen Prägung des politischen Partizipationsverlangens.

In diesem Sinne soll das vorliegende Handbuch als ein wichtiger Beitrag zur Grundlagenforschung über die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland den Kenntnisstand erfassen, sichern und verbessern. Es dokumentiert und differenziert statistisch die Gesamtheit der Parteimitglieder zwischen 1945 und 1990.

Mitglieder und Mitgliedschaften

Sympathisanten und Wähler, die sich nicht durch die Mitgliedschaft an eine Partei banden, werden durch dieses Handbuch nicht erfaßt. Ganz allgemein darf nicht übersehen werden, daß Parteizugehörigkeit nicht die einzige Möglichkeit ist, politischen Partizipationswillen zu praktizieren. In jeweils unterschiedlich akzentuierter Weise können Vereine, Verbände, Kirchen und konfessionsnahe Organisationen, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen und sonstige soziale Bewegungen Funktionen und Teilprozesse der politischen Willensbildung übernehmen.⁶ Dieser Umstand gehört zu den wichtigen Deutungskomponenten der Par-

ältere Überblicke: Jürgen Dittberner, Neuere deutschsprachige Parteienliteratur, in: PVS 13 (1972) S. 130–147; Jürgen Hartmann, Parteienforschung, Darmstadt 1979.

⁴ Vgl. Stefan Immerfall, Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung, in: ZParl 23 (1992) S. 172–189.

⁵ Vgl. etwa Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch, München 1991.

⁶ Solche substitutiven Funktionen können periodisch, oft in Verbindung mit den wiederkehrenden Debatten über »Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit«, an Gewicht gewinnen; zur »Parteienverdrossenheit« vgl. die interessante Diagnose von Joachim Raschke (Hg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 39.

teiangeschichte. Indessen zwingt das politische System der Bundesrepublik solchen Organisationen, wenn sie einen politischen Vertretungs- und Gestaltungsanspruch wahrzunehmen trachten, in der Regel Parteiförmigkeit auf.

Die Grenze zum Parteimitglied läßt sich jedoch auch aus anderen Gründen nicht völlig eindeutig bestimmen. Nahezu alle und vor allem die großen Parteien haben sogenannte Vorfeldorganisationen aufgebaut, mittels derer sie gesellschaftliche Gruppierungen ohne Parteimitgliedschaft an sich binden. Deshalb war es erforderlich, diese parteinahen Vereinigungen in die Forschungsarbeiten so weit wie möglich einzubeziehen, weil sich die Parteien gerade auf diesem Wege gesellschaftlich verankern und die Grenzen der formalen Parteimitgliedschaft bewußt zu verwischen bzw. die Barriere zum Parteieintritt abzubauen streben. Die Vorfeldorganisationen sind im wesentlichen zweifacher Art: Sie erfassen entweder aufgrund bestimmter Kriterien eine Teilgruppe der Mitgliedschaft, die sich weiteren Mitgliedern öffnen kann, ohne daß solche weiteren Teilgruppenmitglieder notwendig Parteimitglieder werden müssen, oder sie werden für die Heranziehung bestimmter Status- oder Berufsgruppen unter dem »Dach« der jeweiligen Partei gebildet, so daß den Mitgliedern der Vorfeldorganisation der Parteibeitritt offensteht und nahegelegt, aber nicht aufgezwungen wird.

Darüber hinaus war gerade in der Frühzeit der Parteien nach 1945 und teilweise bis in die 1960er Jahre hinein die Eigenschaft als formelles Parteimitglied nicht immer eindeutig definiert oder wurde in der Praxis uneinheitlich gehandhabt.⁷ Für die Zwecke des Handbuchs ist ein formalistisches Verfahren vermieden worden; es kommt vielmehr darauf an, Handhabungsunterschiede im formellen Gehalt der Mitgliedschaft aufzuzeigen und damit Möglichkeiten und Grenzen von Vergleichen zu bezeichnen. So ist einer der Vorteile dieses Handbuchs gegenüber der bisherigen Forschungsliteratur, daß der Grad der Zuverlässigkeit des publizierten mitgliederstatistischen Materials erkennbar wird, was überhaupt erst die Formulierung von Kriterien für einen sinnvollen Umgang mit diesem Material ermöglicht.

Neben Angaben zur Mitgliederentwicklung werden auch die sozialen Merkmale der Parteimitglieder dargestellt. Bisher spielten soziale Ungleichheitskategorien vor allem in der Wahlforschung eine bedeutende Rolle.⁸ Sie haben aber auch in die Parteienforschung bereits Eingang gefunden.⁹ Über die Sozialstrukturanalyse lassen sich unterschiedliche Milieus, Sozialisationswege und Karrierechancen präzisieren. Geschlechts- und altersbezogene Einflüsse auf Parteimitgliedschaften können innerparteiliche Konflikte und Ergebnisse der politischen Willensbildung verstehen helfen. Konfessions- und berufsbezogene Differenzen tragen zur Ausformung von gesamtparteilichen Prävalenzen, aber auch zur Deutung innerparteilicher Submilieus bei. Zusätzlich dienen Erhebungen über Bildung und Beruf sowie Stellung im Beruf einer genaueren Bestimmung der Schichtenrepräsentanz in den Parteien. Einzelne Probleme, die in der Parteigeschichte der Bundesrepublik eine sehr große Rolle gespielt haben, etwa die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, können überhaupt erst durch sozialstrukturelle Analysen, hier in Sonderheit die Untersuchung der regionalen bzw. landsmannschaftlichen Herkunft, angegangen werden.

Von den erwähnten Kategorien sozialer Ungleichheit können Geschlecht, Alter und berufliche Stellung noch am zuverlässigsten festgestellt werden. Weniger dichte Aussagen erlauben die Quellen zur Konfession. Die eigentlich verhaltensrelevante Größe, die Kirchenbin-

⁷ Vgl. hierzu die entsprechenden Hinweise in den jeweiligen Beiträgen.

⁸ Vgl. statt vieler Hinweise etwa: Heinz Ulrich Brinkmann, Wahlverhalten der »neuen Mittelschicht« in der Bundesrepublik Deutschland, in: APuZ B 30–31, 1988, S. 19–32.

⁹ Vgl. hierzu die entsprechenden Passagen der Einleitungen zu den einzelnen Beiträgen.

dung, die schon bisher etwa in der Wahlforschung stärker beachtet worden ist¹⁰, wird sich nur in Ausnahmefällen ermitteln lassen. Jede Kategorie sozialer Ungleichheit bringt jeweils unterschiedliche Quellen- und damit Erhebungsprobleme mit sich, die in den einzelnen Teilbeiträgen näher erläutert werden.

Zielsetzung

Das vornehmste Ziel des Handbuches ist die gewissenhafte Sicherung eines zuverlässigen Datengerüsts als Ausgangspunkt jedweder weiterer parteienbezogener Forschung und – nebenbei – auch als neue »Ankerstelle« und Bezugspunkt für bisher manchmal vorschnelle Urteile im Prozeß der politischen Meinungsbildung. Durch die so geschaffene zuverlässige Datenbasis wird die Parteienforschung der interessierten wissenschaftlichen Disziplinen in einem sehr wichtigen Teilbereich neu begründet und in ihren Möglichkeiten ausgeweitet. Einige Kernpunkte, in denen das Handbuch zur Kenntniserweiterung und präziseren Urteilsbildung beitragen kann, seien im folgenden knapp umrissen:

1. Der Grad der politischen Mobilisierung der Bevölkerung in der parlamentarischen Demokratie hat sich im Zeitablauf verändert; neben den Wahlbeteiligungen und Wählerpräferenzen bezeichnen die Mitgliedschaftsentwicklungen einen besonders wichtigen Indikator solcher Veränderungen. Die zu- oder abnehmende, in der Parteimitgliedschaft oder der Mitgliedschaft in Vorfeldorganisationen dokumentierte Bindekraft der Parteien erlaubt wertvolle Erkenntnisse über den Prozeß der Etablierung der Institutionen in der parlamentarischen Demokratie. Soweit sich die Bindekraft im Rahmen dieses Arbeitsvorhabens sozial differenzieren läßt, werden zusätzliche Erkenntnisse gewonnen. Ein – nicht zu den Aufgaben des Handbuches zählender – Vergleich mit der Entwicklung der Wählerpräferenzen erlaubt gleichsam spiegelbildlich und über bloße nominelle Veränderungen im Parteienspektrum hinaus Erfolge oder Mißerfolge in der Parteienbindung bestimmter Bevölkerungsteile zu beurteilen.
2. Vor dem Hintergrund der erheblichen Fortschritte, die in der wahl- bzw. parteiengeschichtlichen Forschung seit den 1960er Jahren für die Jahrzehnte bis 1933 erzielt worden sind, wird das Handbuch wichtige Erkenntnisse über die Kontinuität der deutschen Parteienlandschaft im 20. Jahrhundert ermöglichen. Solche Kontinuitätsaspekte lassen sich hinsichtlich der Ausfüllung des Spektrums politischer Links- und Rechtsgruppierungen schlechthin, ferner mit Interesse an der sozialen Repräsentanz verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Parteien und schließlich unter der Frage nach dem Reflex wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den politischen Repräsentationsorganen untersuchen. Weiterhin kann das Handbuch auf Sondergebieten der historischen Forschung, so in der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung, in der Geschlechtergeschichte mit der Frage nach der politischen Partizipation von Frauen, in der allgemeinen Bürgertums- bzw. Mittelschichtenforschung im 20. Jahrhundert und auf weiteren Gebieten erheblich zur Beantwortung von Fragen wie derjenigen nach der epochenübergreifenden Entwicklung der politischen Partizipation beitragen.
3. Einer der wesentlichen Erträge des Vorhabens liegt in der zuverlässigeren Urteilsbildung über den Zusammenhang von sozialstrukturellem Wandel und politischer Repräsentanz

¹⁰ Vgl. etwa Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, Die Anhängerschaften der Parteien vor und nach der Einheit – eine Langfristbetrachtung von 1953 bis 1993, in: ZParl 25 (1994) S. 164–186, 180 f.

von Sozialgruppen. So wird zu fragen sein, ob und inwiefern – um nur einige Beispiele zu erwähnen – der Rückgang der ländlich-bäuerlichen Erwerbsgruppen und der nichtstädtischen Lebensweise in den beiden ersten Jahrzehnten nach 1945, der sinkende Anteil der in klassischer Lohnabhängigkeit erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen und die generelle Zunahme der Angestellten vor allem im Dienstleistungsbereich, ferner die Bildungsrevolution seit den späten 1960er Jahren und die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen in der Entwicklung der politischen Institutionen der Republik gespiegelt werden. Auch gilt es festzustellen, ob und inwiefern die Parteienlandschaft hierauf reagierte und sozialer Wandel sich beispielsweise in den Sozialstrukturen der Mandatsträgergruppen niederschlug. Antworten auf diese Fragen werden generelle und typisierende Feststellungen der Parteienforschung erhärten oder relativieren. Das gilt nicht zuletzt für den Übergang von konfessions- oder sozialgruppenbezogenen Selbst- und Fremddefinitionen der Parteien zu Volkspartei-Interpretationen.

Zu den besonders einflußreichen Konzepten der historischen Parteienforschung gehört die Annahme von der »Versäulung« der kollektiven Partizipationsanstrengungen in »sozialmoralischen Milieus«¹¹; für die Zeit der Bundesrepublik wird in der Regel zwar von einer Auflösung der ehemals einflußreichen Milieus vor allem seit den 1960er Jahren, aber doch zugleich von starken regionalen und erwerbsgruppenbezogenen Restmilieus ausgegangen. Auch die Neubildung von eigenen parteibezogenen Milieus wird neuerdings diskutiert.¹² Der Wertewandel hin zu postmaterialistischen Einstellungen auch in der Folge der Bildungsexpansion soll Prozesse der Individualisierung ausgelöst haben, die die »Parteienverdrossenheit«¹³ erklären könnten. Umgekehrt ist auch argumentiert worden, daß die erwähnte Individualisierung von zunehmenden Partizipationsansprüchen begleitet war, die sich in neuen sozialen Bewegungen, in Bürgerinitiativen und neuen Parteibildungen niederschlagen hätten.¹⁴ Noch der einfachste Test dieser und anderer Annahmen liegt in der differenzierten Dokumentation der Mitgliedschaftsentwicklungen.

4. Die Rolle der Parteiorganisationen für die Wähler- und Mitgliedermobilisierung ist nicht geringzuschätzen. In der Forschung wird gelegentlich der politische Erfolg vor allem der Großparteien mit der personellen, organisatorischen und bürokratischen Modernisierung

¹¹ M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u. a. (Hg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von F. Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371–393; zur erweiterten Fassung und Modifikation dieser Grundgedanken siehe die Annahmen zur »Lagerbildung« bei Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1992. Der Begriff der Versäulung entstammt der niederländischen Forschung.

¹² Vgl. etwa Joachim Raschke (Hg.), *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 87–93 und passim; Hans-Joachim Veen, *The Greens as a Milieu Party*, in: Eva Kolinsky (Hg.), *The Greens in West Germany. Organization and Policy Making*, Oxford u. a. 1989, S. 31–59; Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002.

¹³ Vgl. etwa Peter Lösche, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart u. a. 1993, S. 9 f.; Christof Ehrhart und Eberhard Sandschneider sehen mit guten Gründen statt der Politik- und Parteienverdrossenheit eine Normalisierung politischen Partizipationsverhaltens; dies., *Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation*, in: *ZParl 3* (1994) S. 441–458.

¹⁴ Siehe hierzu Josef Boyer, *DIE GRÜNEN*, in: ders./Till Kössler, *SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990*, Düsseldorf 2005 (= HSPP IV).

der Parteiapparate begründet.¹⁵ Das vorliegende Handbuch liefert hierzu einen Beitrag, indem es erlaubt, bisherige Hypothesen mit Datenmaterial etwa zur Entwicklung des Funktionärskorps der Parteien zu konfrontieren.

5. Eine der interessanten Einzelfragen, die sich nun mit Hilfe des Handbuches besser beantworten lassen, verbindet sich mit dem Einfluß der politischen Konstellationen und ihrer Veränderungen auf die Mitgliederentwicklung. So ist beispielsweise für die FDP bekannt, daß ihr zweimaliger Koalitionswechsel 1969 und 1982 zu einem breiten Austausch an Mitgliedern, auch auf der Funktionärs- und Mandatsebene, ferner zu einer Verschiebung in der sozialen Beschaffenheit der Wähler- bzw. Anhängergruppen geführt hat. Veränderungen in den politischen Kräftekonstellationen können durch sozialstrukturelle Entwicklungen in den Mitgliedschaften antizipiert werden, aber umgekehrt können politische Entwicklungen die Attraktivität der Parteien für potentielle Mitglieder stark beeinflussen. Auch wenn das individuelle Motiv zum Parteibeitritt kaum zuverlässig eruiert werden kann, lassen sich doch aus kumulierten Beitrittsbewegungen Erkenntnisse über generelle Motivlagen gewinnen, wenn und soweit eine hinreichende soziale Differenzierung der Mitgliederbestände erfolgen kann.¹⁶

6. Die Binnenstruktur der Parteien und deren Beziehungen zum gesellschaftlichen Wandel sind prominente Gegenstände verschiedener Fachwissenschaften. Je nach der Gegenstandsdefinition und den angewandten Methoden sind dabei die Fragestellungen vielfältig; sie reichen von den Organisationsformen, Praktiken und politischen Einflußnahmen auf der kleinsten organisatorischen Ebene der Parteien bis hin zur Steuerung der Gesamtpartei durch Bürokratien und Parteiliten. Man will, beispielsweise, Position, Funktion und Verhalten von Parteien in der Gesellschaft und in der Politik verstehen, indem man sie als System in sich untersucht und von da aus in andere Systemzusammenhänge einordnet.¹⁷ Andere Forschungsinteressen sind auf den Prozeß der Elitenbildung gerichtet und suchen die Frage nach der Herkunft der Mandatsträger und parteilichen Führungsgruppen zu beantworten; vielfach wird auf diese Weise zu Typenbildungen fortgeschritten.¹⁸ Für

¹⁵ Vgl. etwa Josef Schmid, *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990; Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1978.

¹⁶ Vgl. etwa Michael Th. Greven, *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay*, Opladen 1987.

¹⁷ Ein Beispiel unter vielen, aus dem ersichtlich wird, wie notwendig die Kenntnis der Berufsstruktur von Parteimitgliedern ist: Wolfgang H. Lorig, *Parteipolitik und öffentlicher Dienst: Personalrekrutierung und Personalpatronage in der öffentlichen Verwaltung*, in: *ZParl* 25 (1994) S. 94–107.

¹⁸ Neben der nur funktionalistischen Unterscheidung von Mitglieder- und Wählerparteien wurden in der älteren historischen und politikwissenschaftlichen Parteienforschung etwa Honoratioren-, Repräsentations- bzw. Interessenrepräsentations-, Klassen-, Massen- und Rahmenparteien sowie Sammlungs- und Programmparteien unterschieden. Für Deutschland ist seit Otto Kirchheimers Aufsatz, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *PVS* 6 (1965) S. 20–41, der Übergang von Weltanschauungsparteien zu Volks-, Integrations- bzw. »Allerweltparteien« (catch-all-parties) immer wieder, auch mit gehöriger Kritik an dem Volkspartei-Konzept, diskutiert worden; vgl. etwa Mintzel, *Volkspartei*; Thomas Meyer u. a., *Parteien in der Defensive. Plädoyer für die Öffnung zur Volkspartei*, Köln 1994; Elmar Wiesendahl, *Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte*, in: *APuZ* B 34–35, 1992, S. 3–25, sowie ders., *Parteien und Demokratie*. Ferner: Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Opladen 1991, bes. S. 445–464. Die Literatur zur Elitenbildung durch die politischen Parteien ist außerordentlich breit. Vgl. unter den eher zusammenfassenden Schriften u. a. Dietrich Herzog, *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*, Opladen 1975; Thomas Leif u. a. (Hg.), *Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand*, Bonn 1992.

solche und andere Fragen bieten zuverlässige Daten über die Mitgliederentwicklung und -struktur sowie über die Entwicklung und soziale Zusammensetzung der Führungsgremien große Forschungsgewinne, die sich für sozial-, kommunikations- und politikwissenschaftliche Forschungsinteressen auszahlen werden.

Forschungsstand

An Gesamtdarstellungen zur Parteiengeschichte nach 1945 oder über Zeiträume, die weiter zurückreichen, mangelt es nicht.¹⁹ Stets wird darin die Entwicklung der Mitgliedschaften mehr oder weniger ausführlich, oft auch in Anhängen, dokumentiert, und über die sozialstrukturelle Entwicklung sind eher beschreibende Passagen oder auch tabellarische Überblicksdaten über bestimmte Zeitpunkte enthalten. Es ist jedoch bemerkenswert, daß sich ältere Gesamtdarstellungen zur Parteiengeschichte, die etwa bis in die 1960er Jahre erschienen sind, einer genaueren Übersicht der Mitgliederentwicklung seit der Neu- bzw. Wiederbegründung der Parteien – gelegentlich mit Ausnahme der SPD, der »klassischen« Mitgliederpartei – enthalten.²⁰ Hinweise auf die Mitgliederstärke werden in den Text gestreut, und die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse wird in der Regel durch Darstellung der Ergebnisse der ersten Bundestagswahlen dokumentiert.²¹

In diesen Defiziten spiegelt sich die geringe innere Durchgliederung der westdeutschen Parteien und die eher schwache organisatorische Ausprägung der Parteispitzen bis in die 1960er Jahre wider. Allein für SPD und KPD liegen genauere, wenn auch nicht restlos zuverlässige Zahlen über die Mitgliederentwicklung mit regionaler Differenzierung vor, auf die in der Literatur gelegentlich zurückgegriffen wurde. Für die übrigen Parteien gilt dies nicht; hier blieb die Kenntnis über die Anzahl der eigenen Mitglieder lange Zeit lückenhaft. Dies konnte auch nicht von staatlicher Seite kompensiert werden: Zwar gibt es eine amtliche Wahl-, aber keine amtliche Parteienstatistik.²² Allenfalls im Zusammenhang der Maßnahmen zur Neubegründung der Parteienfinanzierung durch Wahlkampfkostenerstattung nach Verabschiedung des Parteiengesetzes im Jahre 1967 sind mitgliederbezogene amtliche Erhebungen durchgeführt worden. Lange Zeit stellte deshalb die Parteiorganisation, insbesondere die Mitgliedschaft, eine Leerstelle in der Parteienforschung dar.²³

¹⁹ Jüngere Beispiele: Hofmann, *Geschichte der deutschen Parteien*; Lösche, *Kleine Geschichte*. Vollständiger zur Literatur sowie mit Klassifikation des Schrifttums zur Parteienforschung s. Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Einleitung, in: dies., *Parteienforschung*, S. 7–34, 10 f. Als neueren Forschungsbericht s. Immerfall, *Westdeutsche Parteienforschung*, mit Hinweisen auf weitere Forschungs-Überblicke.

²⁰ Etwa: Ludwig Bergsträsser, *Geschichte der politischen Parteien in Deutschland*, hg. v. Wilhelm Mommsen, München/Wien ¹¹1965, S. 231 ff.; Walter Tormin, *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart u. a. 1966, S. 225 ff.

²¹ Etwa: Tormin, *Geschichte*, S. 288. Noch das umfassend angelegte, erstmals Opladen 1971 erschienene Werk von Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, dokumentiert die Stärkeverhältnisse der Parteien über viele Seiten ausschließlich anhand der Wahlergebnisse und analysiert Mitgliederzahlen und sozialstrukturelle Merkmale erst für die Zeit der 1960er Jahre.

²² Die Mitgliederangaben in amtlichen Veröffentlichungen stützen sich daher stets auf Parteienangaben; siehe etwa Statistisches Bundesamt (Hg.), *Datenreport 1985. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn o. J., S. 158 f.

²³ Niedermayer/Stöss, Einleitung, S. 23.

Ein Teil dieser Mängel ist seit den 1960er Jahren zunächst durch die Modernisierung der Mitgliederverwaltung in den Parteiverwaltungen²⁴, ferner dann in den vergangenen rund 20 Jahren durch eine Reihe von zum Teil international vergleichend angelegten Großvorhaben zur Parteienforschung wenn nicht behoben, so doch gemindert worden. Allerdings ist in der systematischen Datensammlung von Kenneth Janda über 158 Parteien in 53 Ländern für den Zeitraum von 1950 bis 1962 über Parteiorganisationen noch so gut wie nichts enthalten, und die Beschränkungen, die sich aus dem Projektumfang etwa hinsichtlich der kleineren Parteien in Deutschland ergaben, liegen auf der Hand.²⁵ Ein weiteres internationales, für Deutschland in Mannheim koordiniertes Forschungsvorhaben wurde 1992 mit einer Publikation der Organisations- und Mitgliederdaten von 79 Parteien in 12 westlichen Demokratien über den Zeitraum 1960 bis 1990 abgeschlossen.²⁶ Die Verringerung der einbezogenen Arbeitsfelder und überdies die höhere Datendichte für diesen Zeitraum haben zu einer entsprechend vollständigeren Erfassung von Mitgliederzahlen, aber auch von Funktionären und Finanzen geführt.

Ein entsprechendes Bild zunehmender Informationsdichte zeigt auch die veröffentlichte Forschungsliteratur in einzelnen Spezialstudien zur deutschen Parteiengeschichte. Allerdings hat das Interesse an der politischen Elitenbildung durch parteiinterne Steuerungsprozesse²⁷ offenkundig früher eingesetzt als dasjenige für die Entwicklung der Parteiorganisationen, der Mitgliedschaften und deren soziale Strukturen. Stärker die 1950er Jahre sowie die kleineren Parteien berücksichtigt hat das beachtliche Arbeitsvorhaben von Karl-Heinz Naßmacher über die Entwicklung und den Niedergang der Deutschen Partei, der Deutschen Zentrumspartei und der FDP im Nordwesten Niedersachsens; gerade auch kleinräumig-lokale Entwicklungen sind in diesen Forschungen miteinfaßt worden.²⁸ Hier wurde mithin versucht, einen Teil der Kenntnismängel vor allem für die kleineren Parteien für die beiden ersten Jahrzehnte seit Wieder- bzw. Neugründung der Parteien sowie auf den unteren Ebenen zu beheben. Genauere Kenntnis über die Ursachen von Mitgliederzugängen oder -abgängen ist allein durch solche kleinräumig differenzierenden Untersuchungen zu gewinnen. In zusammenfassenden Untersuchungen und Quellenveröffentlichungen konnte bisher dagegen über die Ebene der Gesamt-Mitgliederzahlen und allenfalls noch der

²⁴ Hierauf wird in den einzelnen Beiträgen ausführlich eingegangen.

²⁵ Kenneth Janda, *Political Parties. A Cross-National Survey*, New York 1980. Die voluminöse Untersuchung ist heute vorwiegend wegen politikwissenschaftlicher Methoden der Parteienforschung interessant und enthält keine differenzierten Mitgliederstatistiken; vgl. S. 98–107 u. 362 ff.

²⁶ Richard S. Katz/Peter Mair (Hg.), *Party Organisations. A Data Handbook on Party Organizations in Western Democracies, 1960–1990*, London u. a. 1992; für Deutschland wurde das Vorhaben von Thomas Poguntke koordiniert, s. ders./Bernhard Boll, *Germany*, in ebd. S. 317–388. Dieser Beitrag bringt Übersichten ab 1960 (SPD und CSU) bzw. 1962 (CDU), 1968 (FDP) und 1980 (Grüne) sowie eine Liste der angeschlossenen Organisationen und eine Synopsis der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft; ferner werden allerdings lückenhafte Aufstellungen über die Parteigestellten auf nationaler, regionaler und parlamentarischer Ebene geboten. Es folgen Aufstellungen über den Mitgliederanteil der Frauen sowie zur Parteienfinanzierung; Daten zur Sozialstruktur sind nicht enthalten.

²⁷ Aus einem Forschungsprojekt an der Universität Mannheim über Parteitag delegierte entstand beispielsweise Karlheinz Reif, *Die mittlere Führungsschicht politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Mannheim 1978. Vgl. etwa Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt, *Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen*, in: PVS 24 (1983), S. 293–310. Weitere Hinweise über die Veröffentlichungen aus diesem Projekt s. bei Niedermayer/Stöss, *Einleitung*, S. 19 f.

²⁸ Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, *Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen*, Opladen 1989, S. 94–98, 156 ff. und bes. 171–173.

Bezirksverbände der Parteien nicht hinausgegriffen werden, wobei selbst auf diesen aggregierten Ebenen die von den Parteien selbst verantwortete Dokumentationsdichte unterschiedlich und gelegentlich auch erkennbar unzuverlässig war.²⁹ Ab den 1970er Jahren sind dann wiederholt »Organisationsstudien« über die einzelnen Parteien sowie auch im Auftrag der Parteien erstellt worden, die in den einleitenden Passagen der betreffenden Beiträge dieses Bandes angeführt werden. Offenkundig haben sich die Parteien, nachdem die Verwaltung einer detaillierten, die »rohen« Zahlen übertreffenden, soziale Merkmale einbeziehenden Mitgliederstatistik die Kapazität der Führungsapparate auf Bezirks- oder Landes- und Bundesebene überforderte, auf modernere Instrumente besonnen, mittels derer sich die Parteiführungen über Mitgliederentwicklungen informiert hielten. Schon seit den 1960er Jahren war deshalb die Demoskopie als Informationsquelle auf dem Vormarsch. Vor allem die einschlägigen politikwissenschaftlichen Studien über verschiedene Aspekte der Parteienentwicklung stützten sich zunehmend auf diese Quelle sowie auf sonstige, eigene Erhebungen oft auch innerhalb ausgewählter »Populationen« des Parteivolks – ob es sich nun um die Frage nach der Integrationskraft der großen Parteien,³⁰ um Veränderungen der Berufsstruktur der Mitgliedschaften und die Interpretation dieser Veränderungen³¹ oder um Aspekte der politischen Sozialisation handelt.³² Entsprechend hat sich die Materialgrundlage der sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur Mitgliederstruktur verschoben: Während von der Heydte und Sacherl auf originäre Mitgliederstatistiken zurückgegriffen,³³ stützen sich heute zusammenfassende Analysen über die Beziehung von Strukturmerkmalen der Parteimitgliedschaften zu korrespondierenden gesamtgesellschaftlichen Kategorien häufig auf Repräsentativerhebungen.

Die in solchem Vorgehen umschlossenen Probleme liegen auf der Hand. Es fällt bereits schwer, das einer Sozialstrukturanalyse zugrundeliegende Datenmaterial zweifelsfrei zu identifizieren, weil abweichende Daten überliefert sind und unterschiedliche Kriterien

²⁹ Vgl. bes. Ossip K. Flechtheim u. a. (Hg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bde., Berlin 1962–1971, Bd. 9: Nachtrag: Programmatik und Statuten, Statistiken, Personenregister, S. 447–486. Hier werden die Organisationsstudie der CDU in den frühen 1960er Jahren und ausgewählte frühere Jahre für die CDU, die CSU-Entwicklung nur durch den Auszug aus einem Parteitags-Rechenschaftsbericht, die FDP anhand einer »FDP-Bilanz der Jahre 1960–1966« von Kurt J. Körper sowie durch Auszüge der Berliner Parteistatistik für 1963–1970 und die SPD entlang von Auszügen aus den Jahrbüchern der Partei seit 1949 dokumentiert. Von Bedeutung ist ferner Bd. 8 zur Parteienfinanzierung, etwa zur NPD (S. 312, 323) und SPD (S. 330–385). Auf unverständliche Abweichungen verschiedener Überlieferungen hinsichtlich der Zahl der Ortsvereine weist Michael Bretschneider, Mitgliederzahlen der Parteien und ihre räumliche Verteilung 1977, Berlin 1978, S. 15 f., hin.

³⁰ Vgl. Ursula Feist/Klaus Liepelt, Modernisierung zu Lasten der Großen. Wie die deutschen Volksparteien ihre Integrationskraft verlieren, S. 277–295, 290 ff.: infas-Repräsentativerhebungen.

³¹ Z. B.: Ursula Feist u. a., Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren, in: PVS 28 (1977), S. 257–278: andere infas-Erhebungen und weitere Quellen; Nils Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise, Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 35–55: Nachbefragung von Parteimitgliedern aus den infas-Erhebungen.

³² Vgl. etwa Hermann Schmitt, Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1987, bes. S. 129 ff.

³³ Friedrich August Frhr. v. d. Heydte/Karl Sacherl, Soziologie der deutschen Parteien, München 1955; vgl. auch Ossip K. Flechtheim, Die deutschen Parteien seit 1945, Berlin 1955 (anhand von Daten, die 1952 dem SPD-Parteitag vorgelegt worden waren).

angewendet werden oder Erhebungszeitpunkte sich nicht vollständig synchronisieren lassen. Bei Datenmaterial, das aus Repräsentativerhebungen bezogen ist, mehren sich diese Probleme. Die Erhebungstypen sind deshalb in dem Handbuch sorgfältig dargelegt.

Ein weiteres Problem dieser Sozialstrukturstatistiken liegt in den jeweils gewählten Erhebungskriterien. Verständlicherweise erweist sich das bei Konfessions-, Geschlechts- und Altersstatistiken kaum als schwerwiegend. Es ist indessen bei Berufs- bzw. Statuserhebungen evident, und manches Mal ist die präzise Beschreibung der Zuordnungen im nachhinein nicht mehr möglich.

Anders bietet sich, aus leicht verständlichen Gründen, die Materialgrundlage für die Untersuchung der Funktions- und Mandatsträger dar. Während erstere in – allerdings noch nicht sehr zahlreichen – lokalen und regionalen Studien oft durch Vollerhebungen repräsentiert sind³⁴, werden die Führungsgremien der Parteien grundsätzlich anhand eines in relativ entwickelter Dichte verfügbaren Datenmaterials untersucht. Entsprechende zusammenfassende Daten haben, von älteren Untersuchungen über die ersten Bundestage abgesehen, zu Beginn der 1970er Jahre bereits Flechthelm sowie Kaack veröffentlicht, und diese Materialien sind in Anschließpublikationen fortgeschrieben worden.³⁵

Fazit: Es existiert also durchaus ein – wenn auch verstreutes – Grundwissen über die Veränderung und Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften, insbesondere zu den beiden großen Parteien CDU und SPD. Eine umfassende, quellenkritische Darstellung liegt jedoch nicht einmal in Ansätzen vor. Ihr Fehlen ist sicherlich auf die schwierige Quellenlage zurückzuführen, es ist darüber hinaus aber auch Ergebnis der Entwicklung der Parteienforschung selbst, die der sozialen Basis der Parteien, ihrer Organisation und Mitgliedschaft lange Zeit kaum Aufmerksamkeit entgegengebracht hat.³⁶ Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter des vorliegenden Handbuches haben denn auch nur vereinzelt, wenn ursprünglich vorhandene parteiinterne Quellen nicht mehr auffindbar oder vernichtet worden waren, auf Angaben und Tabellen der Forschungsliteratur zurückgegriffen.³⁷

³⁴ Siehe hierzu die ausführliche Bibliographie in Christian Handschell, *Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990*, Düsseldorf 2002 (= HSPP I).

³⁵ Vgl. schon Otto Kirchheimer, *Die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages 1950*, in: *The Western Political Quarterly* 3 (1950) S. 590–601; Flechthelm, *Die deutschen Parteien*, S. 65 ff.; ders. u. a. (Hg.), *Dokumente* Bd. 9, S. 395 ff. (Bundestage), 428 ff. (Landtage), S. 439 ff. (Bundestagsfraktionen); Kaack, *Geschichte*, S. 646 ff.; ders./Ursula Kaack (Hg.), *Parteien-Jahrbuch 1973/74*, Meisenheim 1977, S. 321 ff.; ders./Reinhold Roth (Hg.), *dass.* 1976, Meisenheim 1979, jeweils mit Fortschreibung der Daten. Zu einzelnen Bundestagen auch, u. a., Jürgen Domes, *Bundesregierung und Mehrheitsfraktion. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer*, Köln/Opladen 1964, S. 25 u. ö.; Gerhard Loewenberg, *Parliament in the German Political System*, Ithaca, N. Y., 1967, S. 110–117 (Dritter Bundestag 1957–1961); Emil-Peter Müller, *Daten zur Struktur des XI. Deutschen Bundestages*, Köln 1988; ders., *Wirtschaftliche und soziale Interessen im XII. Deutschen Bundestag*, in: *ZParl* 23 (1992) S. 5–16; zum Anteil der Frauen an der politischen Elite: Beate Höcker, *Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie*, in: *ZParl* 25 (1994), S. 556–581 (sozialstruktureller Vergleich der Parlamentarierinnen mit den Parlamentariern).

³⁶ Vgl. Niedermayer/Stöss, *Einleitung*, S. 23. Siehe auch die Einleitungen zu den Parteikapiteln.

³⁷ Siehe etwa Oliver Gnad, *CSU*, in: Corinna Franz/Oliver Gnad, *CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990*, Düsseldorf 2005 (= HSPP II).